



Dudenhofen, den 19.02.2024

## **Gemeinsamer Antrag der Fraktionen der CDU und der FWG**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Hook,  
sehr geehrte Damen und Herrn,

die Verbandsgemeinde Römerberg-Dudenhofen, vertreten durch die Bürgermeisterin Silke Schmitt-Makdice, hat zusammen mit dem Gemeindevorstand der Ortsgemeinde Dudenhofen gegenüber Presse und Bürgerschaft die Erstattung der wiederkehrenden Beiträge für Verkehrsanlagen (WKB) für die Jahre 2020 bis 2023 sowie die Aussetzung der Erhebung der WKB für 2024 verkündet. Dies fand statt obwohl weder der Gemeinderat im Vorfeld informiert wurde, noch ein Ratsbeschluss hierzu vorliegt. Ferner wurde zwischenzeitlich bekannt, dass seit Frühjahr 2023 eine interne Prüfung eingeleitet wurde, ohne den Rat zu unterrichten. Im Weiteren haben Sie es unterlassen, den Gemeinderat über das Vorliegen einer verwaltungsgerichtlichen Auseinandersetzung wegen Untätigkeit zu informieren, welche erhebliche finanzielle Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt haben könnte.

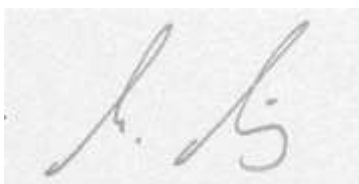
Seit 2019 fanden nachweislich keine Straßenausbauaktivitäten statt. Straßenausbauprogramme wurden trotz zahlreicher Hinweise für die Jahre 2020/2021 und 2022/2023 nicht beschlossen. Somit konnten keine Bescheide erlassen werden und der Einzug der Beiträge entbehrte jeder rechtlichen Grundlage. In der Konsequenz müssen nun die zu Unrecht eingezogenen Beiträge den Grundstückseigentümerinnen und -eigentümern zurückerstattet werden.

Im §33 Abs. 1 GemO Rheinland-Pfalz ist klar normiert, dass in allen wichtigen Angelegenheiten der Gemeinde der Gemeinderat vom Bürgermeister zu unterrichten ist. Dieser Informationspflicht kam der Bürgermeister nicht nach verletzte dadurch die gesetzlichen Informations- und Auskunftsrechte des Gemeinderates.

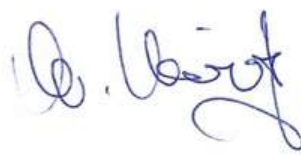
Die Vielzahl der sich abzeichnenden, eklatanten Mängel und Versäumnisse sowohl der Verbandsbürgermeisterin als auch des Ortsbürgermeisters und des Gemeindevorstandes sowie der Verwaltung erfordert eine lückenlose Aufarbeitung des gesamten Hergangs. Ziel muss es sein, die Ursachen völlig transparent aufzuklären sowie Maßnahmen und Kontrollmechanismen zu implementieren, die eine Wiederholung der skandalösen Vorgänge ausschließen.

Gemäß § 33 Abs. 3 Satz 1 GemO beantragen daher die Fraktionen der CDU und der FWG gemeinsam die Einsetzung eines fraktionsübergreifenden Ausschusses mit der Zielsetzung einer transparenten Aufarbeitung des gesamten Herganges. Die Einsetzung des Ausschusses ist aufgrund der sich abzeichnenden Dimension des Sachverhalts – entgangenen Finanzmittel für die Gemeinde, mutmaßlicher Vermögensschadens, zu erwartende hohe Belastung der Verwaltung für die Rückabwicklung sowie Verstoß gegen die Informationspflicht und Verletzung der Rechte des Gemeinderates – dringend geboten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'A. B.', written on a light-colored background.

CDU-Fraktion

A handwritten signature in blue ink, appearing to be 'D. Berg', written on a light-colored background.

FWG-Fraktion